

Die Sicherheitskonferenz in München und die Welt-(Un) Ordnung

Vom 15. Bis 17. Februar trafen sich in München zahlreiche hochrangige Politiker und Experten, um über die **Lösungen für die Probleme dieser Welt** zu diskutieren. Die aufstrebenden Ambitionen und nationale Tendenzen der Gross- und Mittelmächte führen zu zahlreichen Spannungen, Beeinflussungsmöglichkeiten und bewaffneten Konflikten in der multipolaren Welt. Während des Kalten Krieges waren die Einflusszonen klar definiert und keine der beiden Grossmächte wagte eine den Status Quo und die andere Grossmacht bzw. ihren Einflussbereich gefährdende politische Aktion durchzuführen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetischen Blocks blieb nur eine Supermacht übrig – doch der Weltfrieden und die innere Sicherheit westlicher Staaten wurden zunehmend durch den aufkeimenden Terrorismus und die Migrationsbewegungen gefährdet. Nach 2000 begannen sich neue Konturen und Verhältnisse der veränderten Weltpolitik abzuzeichnen, das waren u.a. die Annexion der Krim durch Russland, die Ankündigung grosser Projekte wie z.B. die Seidenstrasse durch China und die Kriege im Nahost. Die USA blieben zwar die wirtschaftlich und militärisch stärkste Macht, aber China entwickelte sich wirtschaftlich rasant zur Nummer zwei der Weltwirtschaft. Russland hat die inneren chaotischen Jelzin Jahre überwunden und suchte den Weg zur neuen Stärke und Geltung basierend auf rohstoffreicher Wirtschaft und v.a. auf dem Aufbau des militärischen Potenzials. Westeuropa hat sich ebenfalls weiter intergriert und ist wirtschaftlich gewachsen, ohne jedoch aussenpolitisch und militärisch eine bedeutende Rolle spielen zu können und zu wollen.

Mit diesen **Entwicklungen** haben die internationalen Organisationen –die Garanten der bisherigen Ordnung – entwicklungs-mässig nicht Schritt halten können. Die sich herausgebildeten Politiken wie ‚America First‘ , rasantes Wirtschaftswachstum Chinas mit damit zusammenhängende Einflussnahmen in Asien und Afrika sowie die überall in der Welt sich ausbreitende Aufrüstung schwächten die bisherigen Stützen der Weltordnung – Akzeptanz der in der UNO Charta verbrieften Werte, die freien Handel propagierende WTO und die transatlantische Sicherheitsbrücke NATO. Aufstrebende Mittelmächte wie Iran, Saudi Arabien und Indien, lassen sich eher durch eigene Wachstumswünsche und Religionen leiten mit der Folge, dass an ihrer Peripherie Konflikte entstanden sind, die sie nach Möglichkeit befeuern: Jemen, Syrien, Afghanistan, Irak usw. Und alle Staaten zusammen rüsten auf.

Der erste Konferenztag im Bayrischen Hof in München wurde traditionsgemäss der **Sicherheit** gewidmet. Die **USA**, konkret der Vizepräsident M. Pence, verlangen von den Europäern mehr für das Bündnis NATO und für die eigene militärische Sicherheit zu tun und sich den vereinbarten 2% des BSP für Verteidigungsausgaben anzunähern. Der NATO Generalsekretär J. Stoltenberg und Verteidigungsministerin U. von den Leyen stützen diese Vorschläge und die Bundeswehr soll kurzfristig dringend benötigtes Material und mittelfristig auch mehr finanzielle Mittel erhalten. Die USA kündigten den INF Vertrag, weil Russland neue Raketen mittlerer Reichweite entwickelt hat, welche v.a. Europa und nicht die USA bedrohen. China, Iran und andere Staaten entwickeln ebenfalls solche Raketen – sie sind jedoch nicht durch Abrüstungsverträge limitiert. Die Europäer möchten noch am INF Vertrag festhalten und geben Verhandlungen eine

Chance vor einer Aufrüstung mit defensiven oder gar offensiven Waffen. Zum INF Vertrag meinte der Chinese Yang Jiechi, dieser sollte beibehalten werden. China werde sich aber daran nicht beteiligen, weil chinesische Raketen nur defensiven Zwecken dienen. Die Rüstungskontrolle der strategischen Waffen funktioniert noch bis 2021, aber der Vertrag START ist ebenfalls an die neuen Waffenentwicklungen in den USA und Russland anzupassen. Der russische Außenminister S. Lawrow bekannte sich auch zum Multilateralismus und bemühte sich die westliche Befürchtungen zu zerstreuen. Der russische Präsident W. Putin war in seiner Rede an die Nation am 20. Feb. deutlicher: Russland werde von allen Seiten bedroht und Russland werde sich und muss sich mit neuen Waffen verteidigen. Solche Haltung verspricht wenig Positives für Multilateralismus und Rüstungskontrolle.

Wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand lassen sich am besten durch Zusammenarbeit und Handel in offenen Märkten erreichen. Die neue Gaspipeline in der Ostsee aus Russland nach Westeuropa sorgt in den USA für Sorgen: Einerseits befürchten sie verstärkte russische Einflussnahme in Westeuropa und andererseits möchten sie eigenes Gas verkaufen. Auf den Weltmärkten führten Ungleichgewichte im Handel zwischen den USA einerseits und China und Europa andererseits zur Kritik und einseitigen Schutzmassnahmen und Zöllen der USA auf chinesische Waren und neu möglicherweise auch auf europäische Autos. Verhandlungen laufen mit beiden Seiten, bei Misserfolg sind Nachteile für alle Beteiligten zu erwarten. Die Ungleichgewichte im Handel sind zurückzuführen auf staatliche Wirtschaftsförderung in China und die tiefere Produktivität und einfachere Technologien in GB und USA. Daher sind Lösungen durch Verhandlungen und Massnahmen im Bereich der Wirtschaft und nicht durch einseitige Schutzmassnahmen zu suchen. Der Chinese Yang Jiechi, Mitglied des Politbüros der KP und führender Außenpolitiker, bekannte sich zum Multilateralismus und betonte den wirtschaftlichen Nutzen chinesischer Grossprojekte für Russland, Europa und andere Staaten. Für W. Putin ist die Entwicklung der russischen Wirtschaft ebenfalls ein wichtiges und vorrangiges Thema – die Bevölkerung ist mit dem heutigen Zustand wenig zufrieden.

Der letzte Konferenztag galt dem **Nahen Osten**. Die USA haben den Atomvertrag mit Iran gekündigt, weil sich Iran nach deren Meinung daran nicht hält und verlangen von den Europäern dies ebenfalls zu tun. Die Rivalitäten zwischen schiitischem Iran und sunnitischem Saudi Arabien zeigen sich in den lokal geführten Kriegen in Jemen, Syrien, Irak und Libanon. Im Syrien führte das Engagement Russlands zur Stabilisierung des Assad Regimes und Bekämpfung des IS. In seinem Auftritt opponierte der iranische Außenminister M. D. Sarif gegen den Vorwurf der Verletzung des Atomabkommens, gegen amerikanischen Einfluss auf die Europäer es ebenfalls zu kündigen und gegen die verschärften Sanktionen der USA, welche der iranischen Wirtschaft Probleme bereiten. Irans Raketen hätten nach ihm nur Verteidigungscharakter. Das dem der Israeli und ehem. Generalstabschef B. Gantz widersprach, kann nicht überraschen. Der Vertreter des saudischen Außenministeriums ist nicht an der Diskussion beteiligt. Die USA beschlossen das Syrien Engagement zu beenden und die ca. 4'000 Soldaten abzuziehen, ohne eine Friedensregelung für Syrien abzuwarten. Die Europäer und Israel glauben nicht, dass IS schon besiegt ist und befürchten mit den Kurden eine

Einflussausweitung Irans und der Türkei. Nach 17 Jahren und mehreren Milliarden Dollar erfolgloser Investitionen erwägen die USA den Rückzug aus Afghanistan und verhandeln mit den Taliban – die westlichen Verbündeten sehen sich amerikanischer logistischer und militärischer Unterstützung beraubt und daher irritiert und geschwächt.

Die Münchner Sicherheitskonferenz kann all die Probleme unmöglich lösen. Der wichtigste Beitrag der Sicherheitskonferenz in München liegt darin, dass die Repräsentanten der meisten Staaten überhaupt in München sind, ihre Standpunkte darlegen und wenigstens miteinander reden können. Schnelle Lösungen sind nicht zu erwarten, dafür sind die eingenommenen Positionen zu fest, die Probleme zu komplex und die laufenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entwicklungen zu lang. Wichtig wäre wenigstens die Erkenntnis, dass Unilateralismus tendenziell zur Verschlechterung der Situation führen wird. Für den Multilateralismus setzte sich die Bundeskanzlerin A. Merkel engagiert in einer viel beachteten Rede ein. Lösungen können also in multilateralem und kooperativem Verhalten der direkt betroffenen Staaten gesucht und gefunden werden.

Autor:

Georg Vancura

21. Feb. 2019

Quellen: Medien CH und BRD, Internet.